

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Bern, 29. Mai 2018 / MR
VL Erbrecht

Elektronischer Versand: ipr@bj.admin.ch

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen steht hinter diesen Anpassungen im IPRG. Die Stossrichtung geht in vielen Bereichen mit den Forderungen der FDP einher. So sind die angestrebte Rechtsharmonisierung und der Abbau von Hindernissen aus liberaler Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Das IPRG verbessert die Rechts- und Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger. Erblasserinnen und Erblassern wird mehr Gestaltungsfreiheit gewährt und Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer profitieren von mehr Privatautonomie. Wir begrüssen zudem, dass durch die Harmonisierung der Anerkennungsregeln Kompetenzkonflikte in Zukunft vermieden oder mindestens reduziert werden können. Dadurch werden bürokratische Hürden abgebaut und die internationale Zusammenarbeit für die Schweizer Behörden in Erbsachen erleichtert.

In Zeiten zunehmender Mobilität sind rechtsharmonisierende gesetzliche Grundlagen von grosser Bedeutung. So sind grenzüberschreitende Erbfälle heute keine Seltenheit mehr. Das Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht regelt einen Gegenstand, welcher in den letzten Jahren an Relevanz gewonnen hat und auch in Zukunft eher wichtiger werden wird. Dazu kommt, dass sehr schnell ein sehr grosser Personenkreis vom Internationalen Erbrecht betroffen ist.

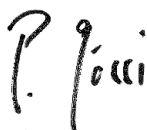
Heute führen die unterschiedlichen Praxen der Länder teilweise zu Kompetenzkonflikten zwischen den Schweizer und den ausländischen Behörden. Oft ist unklar, welcher Staat für welchen Nachlass zuständig ist. Solche Kompetenzkonflikte soll das angepasste IPRG in Zukunft vermeiden und den Koordinationsbedarf mit dem Ausland verbessern. Dies soll primär durch eine Aktualisierung des Gesetzes erreicht werden. Das IPRG wird zudem teilweise mit der EuErbVO harmonisiert, dies aufgrund der engen Zusammenarbeit mit dem europäischen Ausland.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi
Nationalrätin



Samuel Lanz